

Sitzung vom 13. Dezember 2000

**1941. Anfrage (Prekäre Situation in der Psychiatrischen Universitätsklinik)**

Kantonsrätin Erika Ziltener, Zürich, hat am 2. Oktober 2000 folgende Anfrage eingereicht:

Die Gesundheitsdirektion will die Psychiatrie vermehrt ins medizinische und soziale Versorgungsnetz einbetten. Dadurch soll die psychiatrische Patientin oder der psychiatrische Patient in rechtlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht dem körperlich Kranken gleichgestellt werden. Umgesetzt wird dieser Ansatz im Versorgungsmodell für die Psychiatrieregion Winterthur. Indes entspricht die Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) diesem Ansatz nur in sehr ungenügender Weise.

Im Kanton Zürich kommt es in der psychiatrischen Grundversorgung immer wieder zu einem Bettennotstand. Die Folge ist eine nahezu permanente Belegung der Notbetten, was einerseits (gerade für psychisch Kranke enorm belastende Situation) zu prekären Platzverhältnissen in den Patientenzimmern, andererseits zu einer vermehrten Arbeitsbelastung für das gesamte Behandlungsteam führt. Bei den Assistenzärztinnen und Assistenzärzten ist unter anderem auch deshalb die Einhaltung des GAV nicht umgesetzt und nicht gewährleistet, namentlich in der PUK in Zürich. Es müsste eine einheitliche kantonale Regelung gefunden werden, zumal die aktuelle Regelung gegen die Richtlinien des GAV verstösst.

Ich frage den Regierungsrat:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis vom Mangel an Personal, insbesondere vom Mangel an Assistenzärztinnen und Assistenzärzten, in der PUK?
2. Was unternimmt der Regierungsrat in Bezug auf die Stellenbewilligung und -besetzung für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte?
3. Hat der Regierungsrat die erforderlichen Abklärungen für den psychiatrischen Akutbettenbedarf getroffen?
4. Was unternimmt die Regierung bei einem allfälligen Mangel?

Auf Antrag der Gesundheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Erika Ziltener, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Der Stammklinik der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) stehen für die Erfüllung des Versorgungsauftrags 31,5 Stellen für Assistenzärztinnen und -ärzte zur Verfügung. Gemäss Angaben der PUK konnten diese in den letzten Jahren jeweils ohne wesentliche Aufwendungen besetzt werden. Zu personellen Engpässen kam es nur dann, wenn Assistenzärztinnen oder -ärzte die Kompensation der Freitage oder der Überzeit bis zu ihrem Dienstenende aufschoben, um in den Genuss eines vorzeitigen Austritts zu kommen. In diesen Fällen konnte die reguläre Ablösung auf einzelnen Stationen nicht gewährleistet werden, was vermehrte Einsätze der übrigen Assistenzärztinnen und -ärzte zur Folge hatte. Diese Kumulation der Zeitguthaben ist seit der Umsetzung des Gesamtarbeitsvertrags für Assistenzärztinnen und -ärzte (GAV) jedoch nicht mehr möglich, da die Überschreitung der Arbeits- und Präsenzzeit im Folgequartal ausgeglichen werden muss.

Für die 1996 eröffnete Gerontopsychiatrische Klinik Hegibach ist es bekanntlich schwierig, genügend Ärztinnen und Ärzte im Fach Gerontopsychiatrie zu finden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein PUK-spezifisches, sondern um ein landesweites Problem, da sich allgemein zu wenig Ärztinnen und Ärzte für dieses Fachgebiet interessieren. Ein Hauptgrund für dessen kleine Attraktivität liegt darin, dass es infolge mangelnder Nachfrage schwierig ist, eine Privatpraxis auf diesem Spezialgebiet zu eröffnen und rentabel zu führen. In der PUK führte dies dazu, dass nicht immer alle frei gewordenen Stellen nahtlos wieder besetzt werden konnten, weshalb einzelne Assistenzärztinnen und -ärzte zusätzliche Dienste zu leisten hatten. Sofern diese Überzeit nicht kompensiert werden konnte, wurde sie finanziell abgegolten.

Die Situation an der PUK betreffend Besetzung der Assistenzarztstellen ist somit nicht als besonders angespannt zu bezeichnen, weshalb für den Regierungsrat zum jetzigen Zeitpunkt keine Veranlassung besteht, zusätzliche neue Stellen zu schaffen oder anderweitige Massnahmen zu treffen. Zu berücksichtigen ist zudem, dass in grundsätzlich schwierig

zu besetzenden Fachgebieten Arbeitsbewilligungen für ausländische Ärztinnen und Ärzte beantragt werden können.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der Assistenzärztinnen und -ärzte an der PUK die gemäss Gesamtarbeitsvertrag für das Jahr 2001 zulässigen 54 Stunden pro Woche nicht übersteigt. Somit sind die Arbeitszeiten für Assistenzärztinnen und -ärzte GAV-konform, weshalb auch unter diesem Blickwinkel gegenwärtig kein Handlungsbedarf besteht. Nach der Stundenreduktion im kommenden Jahr müssen die Stellensituation jedoch neu überprüft und allfällige Anpassungen vorgenommen werden.

Zusätzliche Probleme bereitet zurzeit die schwierige Rekrutierungssituation im Pflegebereich. Der Regierungsrat hat nach Abschluss der Roundtable-Gespräche Schritte eingeleitet, um den Berufsstand der Pflege nachhaltig zu stärken. Insbesondere werden die Pflegeberufe innerhalb der Besoldungsordnungen neu positioniert, wobei eine bereits eingesetzte Arbeitsgruppe deren Überführung im Detail vorbereitet. Eine weitere Arbeitsgruppe wurde beauftragt, konkrete Lösungsvorschläge insbesondere in den Bereichen familienexterne Kinderbetreuung, Personalentwicklung und koordinierte Werbung auszuarbeiten.

Die derzeit angespannte Situation in der psychiatrischen Akutversorgung ist bekannt, doch muss in Akutspitälern und psychiatrischen Kliniken immer wieder mit zeitlich beschränkten Engpässen gerechnet werden. Bei einer länger andauernden Überbelegung müssten jedoch entsprechende zusätzliche Kapazitäten für Akutpatientinnen und -patienten geschaffen werden.

Der Bettenbedarf in der Akutpsychiatrie wurde im Zusammenhang mit der Erstellung des Psychatriekonzepts (Zürcher Psychiatrie, Leitbild und Rahmenkonzept, Februar 1999) ermittelt. Ziel ist es, mit den im Konzept festgehaltenen Massnahmen mittel- und langfristig ausreichende Kapazitäten in allen Bereichen der psychiatrischen Versorgung zu schaffen. Für das Jahr 2001 ist unter anderem geplant, in der Psychiatrischen Universitätsklinik Langzeit- in Akutbetten umzuwandeln und im Bezirksspital Affoltern eine psychiatrische Akutstation zu eröffnen. Die Gesundheitsdirektion ist zusammen mit den Verantwortlichen der Betriebe zudem bestrebt, die Koordination mit Einrichtungen im Bereich Nachbehandlung und Wiedereingliederung zu verbessern und das psychiatrische Angebot den aktuellen Bedürfnissen anzupassen. So wurden unter anderem eine Kriseninterventionsstelle und eine Tagesklinik für Drogenabhängige eröffnet.

Die Entwicklung der jeweils bestehenden Inanspruchnahme wird regelmässig mit den im Psychatriekonzept vorgesehenen Kapazitäten verglichen. Die Resultate fliessen jeweils in die jährliche Bettenplanung und die Leistungsvereinbarungen mit den Kliniken ein. Damit die Auswirkungen der Umsetzung des Psychatriekonzepts und insbesondere der Teilschliessung der Psychiatrischen Klinik Rheinau zudem noch genauer analysiert werden können, wurde dieses Jahr zusätzlich eine detaillierte mittelfristige Planung der Kapazitäten der psychiatrischen Kliniken eingeführt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrats und des Regierungsrats sowie an die Gesundheitsdirektion.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**